Anzeige

Mittendrin

DIE LINKE. Stadtverband Gladbeck

Linke Zeitung für Gladbeck

Samstag, 27. Juni 2020

Ratsfraktion Die Linke Gladbeck: mit Abstand (und) die Beste!

v.l.n.r.: Rüdiger Jurkosek, Herbert Böhler, Bernd Joemann, Andreas Martin, Olaf Jung, Franz Kruse, Ingrid Wiechert, Benedikt Jung

2014 haben die Gladbecker Bürger drei Mitglieder der Linken. Gladbeck als Fraktion in den Stadtrat gewählt und weitere engagierte Linke in die Ausschüsse der Stadt. Dort haben wir seitdem unser Bestes für das Wohlergehen aller Gladbecker getan. Wir bedanken uns für das entgegengebrachte Vertrauen und möchten nun den Bürgern unserer Stadt berichten, was unsere Fraktion in den vergangenen 6 Jahren geleistet haben. Wir tun das gern, weil wir meinen, dass Sie einen Anspruch darauf haben und weil wir uns mit unserer Arbeit nicht zu verstecken brauchen. Aber lesen Sie selbst….

Gladbeck braucht den Schuldenschnitt

Bereits seit Jahren fordert der Rat der Stadt Gladbeck für ihre Altschulden eine Lösung von Bund und Land. Die Fraktion DIE LINKE. Gladbeck ist daher enttäuscht, dass in dem am 3. Juni verabschiedeten Konjunkturprogramm der Bundesregierung keine Altschuldenhilfe für überschuldete Kommunen enthalten ist. Damit lässt die Bundesregierung die vor allem wegen des Strukturwandels überschuldeten Städte im Ruhrgebiet weiter im Regen stehen. Denn der geplante Ausgleich für die wegbrechenden Gewerbesteuern und die Erhöhung der Übernahme der Kosten der Unterkunft bei Hartz IV von 50 auf 75 Prozent ändert nichts an der „Vergeblichkeitsfalle“ der Überschuldung.

Das Konjunkturpaket des Bundes enthält gute Ansätze und für Städte mit hoher Langzeiterwerbslosigkeit ist die Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft eine deutliche Entlastung. Jedoch werden dies und der Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle die zusätzlichen Ausgaben und Einnahmeverluste der Stadt Gladbeck durch die Corona-Pandemie vermutlich nicht ausgleichen können.

Der Druck der Vertreter der wohlhabenderen Bundesländer war anscheinend so groß, dass das Altschuldenproblem wieder nicht gelöst werden konnte. Wenn keine Lösung mit dem Bund zu erreichen ist, muss die Landesregierung eben ein eigenes Entschuldungsprogramm auflegen, wie es z.B. Hessen längst getan hat. Schließlich sind die Kommunen verfassungsrechtlich Teil des Landes und das Land ist neben dem Bund wegen der jahrzehntelangen Unterfinanzierung für die Überschuldung der Kommunen mitverantwortlich.

Die Linke freut sich , dass der Rat der Stadt Gladbeck ihrer Resolution einstimmig gefolgt ist und die Bundes- und die Landesregierung nochmals auffordert, mit den betroffenen Kommunen und deren Spitzenverbänden in einen in einen fruchtbaren Dialog zu treten und die Einrichtung eines Altschuldenfonds einzuleiten.

A52: „Vereinbarung“ wurde ignoriert

Planfeststellung: Corona schränkt die Offenlegung ein

Plakat zum Ratsbürgerentscheid 2012 (Ausschnitt)

Die Bezirksregierung Münster hat die erneute öffentliche Auslegung der Entwurfspläne der A52 zwischen Autobahndreieck A52/A2 und der Stadtgrenze zu Bottrop in der Zeit von 22.06.2020 bis 21.07.2020 angekündigt. Gleichzeitig sollen die dafür notwendigen und wichtigen Gutachten zu Umwelt, Gesundheit und Verkehr in aktualisierter Form erneut eingesehen werden können.

Aus der Stellungnahme der Stadt Gladbeck geht hervor, dass die Inhalte der mit „Eckpunktepapier“ bezeichneten Vereinbarung in den Planungen großteils nicht berücksichtigt sind.

Diese „Berliner Vereinbarung“ wurde im Jahr 2015 auf Initiative des Bürgermeisters zwischen Stadt, Land und Bund erarbeitet, aber nie von allen Vertragspartnern unterzeichnet. Die Ratssitzung im November 2015, in der die Vereinbarung bestätigt und die A 52 begrüßt wurde, wird von der Ratsfraktion Die Linke. beklagt.

Während der Bund bereits in Duisburg erklärt hat, dass er Tunnel nicht bezahlen wird, da dies eine städtebauliche Maßnahme sei, deren Finanzierung der Stadt obliege, hat jetzt sogar das Land NRW die vereinbarte Radwegeverbindung nicht in die Pläne aufgenommen.

Darüber hinaus fehlen das vereinbarte Gutachten zur Baulogistik sowie der offenporige Asphalt auf der A52, um hier nur einige Punkte zu nennen.

Spätestens mit der Vorlage der jetzigen Pläne wird ganz deutlich, dass die immer noch beschworene „Berliner Vereinbarung“ mittlerweile völlig wertlos ist. Damit wird die Situation der Stadt Gladbeck äußerst kritisch: Sie stimmt dem Bau des Autobahndreiecks in Wittringen ohne hinreichende Sicherheit zu, dass zum Ausgleich ein Tunnel im Innenstadtbereich finanziert und gebaut wird.

Die Linke. fordert den Bürgermeister auf, die Auslegung der Pläne in geeigneten Räumlichkeiten durchzuführen, ähnlich wie bei der Werbekampagne zum Ratsbürgerentscheid im Jahr 2012.

Eine Auslegung dient der Bürgerbeteiligung und der Bürgerinformation. Das simple Hinstellen diverser Aktenordner in einem offenen Regal reicht dazu nicht aus.

Inwiefern eine umfassende, rechtssichere Offenlegung zur Bürgerbeteiligung unter den einschränkenden Bedingungen der Corona-Krise überhaupt durchgeführt werden kann, wird die Fraktion Die Linke. klären lassen. Ob der ungehinderte und zeitlich unbegrenzte Zugang zu Planungsunterlagen möglich sein wird, muss sich erst noch zeigen.Natürlich wird die Fraktion Die Linke. die Gladbecker trotz allem bei der Anfertigung von Einwendungen unterstützen.

S9 nach Recklinghausen

Erst verschoben, dann vertagt

Im Stadtplanungsausschuss im Mai stand auf Antrag der Linksfraktion die erneute Verschiebung der S-Bahn Direktverbindung nach Recklinghausen auf der Tagesordnung. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder, vorweg die der SPD und der FDP, hielt es aber nicht für notwendig, dass der dafür zuständige Ausschuss trotz einer einhelligen Meinung dazu sein Missfallen darüber ausdrückt oder gar eine Nachbesserung des Angebotes fordert.

Der Beschlussvorschlag der Linken wurde einfach nicht abgestimmt. Leidtragende sind die Nutzer des ÖPNV in Gladbeck und Umgebung, die weiterhin auf die Verbindung warten und zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Politik nicht handelt.

Hintergrund dürfte sein, dass die SPD-Fraktion 10 Tage *nach* uns das gleiche Thema für den Haupt- und Finanzausschuss (HFA) am 8. Juni beantragt hatte. Darauf deuten mehrere Versuche des Ausschussvorsitzenden hin, noch vor der Sitzung des Stadtplanungsausschusses die Linken dazu zu bewegen, ihren Antrag zurückzuziehen.

Die Nutzer des ÖPNV mussten sich also weitere drei Wochen gedulden.

In der Sitzung des HFA wurde schließlich in einer Resolution gefordert, dass die S9 nach Recklinghausen unverzüglich den Betrieb aufnimmt.

Auf Vorschlag der Ratsfraktion Die Linke. wurde auch die Forderung erhoben, bis dahin einen Schienenersatzverkehr anzubieten. Zwei Tage später erklärte Abellio, dies ab Ende Juni zu tun. Schade für die Bürger ist nur, dass alles nicht schon drei Wochen vorher abgestimmt werden konnte.

Klimaschutz auch für sozial Benachteiligte

Im Rahmen der Verhandlungen zum Haushalt 2020 haben wir beantragt, einen Betrag von 20.000 Euro im Haushalt einzuplanen. Davon sollen Bezieher von Sozialleistungen einen Förderbetrag bekommen, wenn sie sich Haushaltsgeräte anschaffen, die weniger Energie verbrauchen. Dies wäre ein Beitrag zum Klimaschutz und würde auch die Stromkosten der Betroffenen senken. Der Antrag wurde abgelehnt.
Ferner haben wir beantragt, die Haushalte der Betroffenen mit einer kleinen Solaranlage für den Balkon auszustatten. Sie speisen den erzeugten Strom in den zugehörigen Haushalt ein und entlasten so ebenfalls das Klima und die betreffende Stromrechnung.
Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Keine Hundesteuer für Gladbeck-Card-Inhaber

Im März 2020 beantragte Die Linke, dass Gladbeck-Card-Inhabe von der Hundesteuer für den ersten Hund ganz befreit werden (bislang: 50%)
Die Hundesteuer stammt aus der Agrarwirtschaft und ist eine indirekte Luxussteuer. Man ging davon aus, dass jemand, der einen Hund hielt, der keine Aufgabe (jagen, hüten oder wachen) hatte, reich sein musste. Noch heute sind Gebrauchshunde von der Steuer befreit. Heute gibt es mehr und mehr Single-Haushalte und viele Menschen sind durch Arbeitslosigkeit u.ä. von der Gesellschaft „abgehängt“. Es ist erwiesen, dass die Haltung von Hund und/oder Katze einen positiven Einfluss auf die körperliche und seelische Gesundheit des Halters hat. Ferner fördert ein Hund einen geregelten Tagesablauf und die Teilnahme am öffentlichen Leben. Damit erfüllt er auch heute wichtige Aufgaben. Ihn als Luxus zu besteuern ist völlig unangemessen.
Zum Ausgleich sollen evt. weitere Hunde voll besteuert werden, da für die beschriebenen Aufgaben ein Hund ausreicht.

Situation der „Alkoholiker-Szene“ in Gladbeck

Auf unseren Antrag hin kam das Thema „Alkoholiker-Szene in Gladbeck“ auf die Tagesordnung des Sozialausschusses im November 2019.
In den Sommermonaten war diese Szene immer häufiger ein Dorn im Auge der Öffentlichkeit. Ihr Treffpunkt verlagerte sich von Ort zu Ort. An jedem neuen Standort kam es zu Beschwerden der Anwohner. Deshalb richtete die Stadt einen Unterstand auf dem Festplatz als Treffpunkt ein.
Im Sozialausschuss passierte nicht viel. Nach einem mündlichen Bericht zum Stand der Dinge dankten die Ausschussmitglieder allen Beteiligten für ihre Arbeit. Ende.
Sodann stellten wir den Haushaltsantrag, eine Stelle für einen Streetworker zu schaffen, der sich u.a. um diese Menschen kümmert. Das wurde abgelehnt.

Die Linke kritisierte die geplante Abschaffung des Sozialtickets

2017 kündigte die schwarz-gelbe Landesregierung an, das Sozialticket in NRW schrittweise bis 2020 abzuschaffen. Sie zeigte damit wieder einmal, wie hervorragend sie bei den Armen zu sparen kann. Auch Menschen mit wenig Geld haben das Recht auf Mobilität. Auch sie müssen zum Arzt, zum Einkaufen, die Kinder in die Kita bringen oder Freunde und Verwandte besuchen.
Aber auch die SPD in Gladbeck hat sich in Sachen Sozialticket nicht mit Ruhm bekleckert
Als es erste Hinweise gab, dass die Landesregierung das Sozialticket in Frage stellt, hat die Ratsfraktion Die Linke. in einem Dringlichkeitsantrag an den Rat vorgeschlagen, die Landesregierung zum Erhalt des Sozialtickets aufzufordern. Aber ausgerechnet die SPD-Fraktion war zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, sich hinter das Sozialticket zu stellen und schob den Antrag auf den Sozialausschuss nach der Sommerpause. Dort musste Die Linke. erneut einschreiten, denn weder der Titel des Tagesordnungspunktes noch der Inhalt der Sitzungsvorlage wurden dem Sinn unseres Antrags gerecht. Letztlich kam es dann aber doch zu dem Beschluss, die Landesregierung aufzufordern, die Mobilität von Bedürftigen als Teil des sozialen Bedarfs anzuerkennen.
Vermutlich waren in der Landesregierung zu dieser Zeit aber schon die Weichen gestellt.
Wenn Verwaltung und die stärkste Fraktion in Gladbeck so zögerlich handeln, machen sie es damit der Landesregierung leicht und signalisieren keinen Widerstand. Erst nachdem der öffentliche Druck groß geworden war und die Betroffenen sich vehement Gehör verschafften, reagierten die Sozialdemokraten.
Gerade in Gladbeck wird das Sozialticket intensiv genutzt. Aus Sicht der Linken ist der Preis aber leider immer noch deutlich zu hoch. Deswegen haben wir auch neue Mobilitätskonzepte für einen solidarisch finanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV für NRW in die politische Diskussion eingebracht. Das wäre sozial gerecht und entlastet die Umwelt.

Jugendzentrum KARO fehlt in Butendorf

Mit dem „KARO“ konnte die Stadt bei jungen Familien punkten: Mit dem Attribut „Familienfreundliche Stadt Gladbeck“ wurde der Zuzug junger Familien gefördert, die sich auf dem ehemaligen Zechengelände ihr Zuhause bauten.
In der offenen Jugendeinrichtung sorgten geschulte Pädagogen dafür, dass alle Kinder eine optimale Förderung erhielten. Neben der selbstverständlichen pädagogischen Betreuung und Beaufsichtigung gab es Bildungsangebote, spielerische Bewegungsprogramme, Sprach- und Gesundheitsförderung sowie Integrationsangebote für Migrantenkinder. Für jeden war etwas dabei. Nachdem die Bebauung des ehemaligen Moltke-Geländes abgeschlossen war und sich viele Familien rund um das KARO angesiedelt hatten, sollte die offene Jugendarbeit jedoch plötzlich eingestellt werden, um für die

Jugendkunstschule Platz zu schaffen.
Daraufhin entwickelte sich durch die Aktivität junger Frauen aus der Nachbarschaft eine Initiative für den Erhalt des KARO. Die Ratsfraktion DIE LINKE hat die beachtliche Leistung und den Einsatz der KARO-Initiative von Beginn an unterstützt. Das Bürgerbegehren zum Karo im Jahr 2016 war ein überwältigender Erfolg für die jungen Frauen. Ohne Probleme sammelte die KARO-Initiative über 5.300 gültige Unterstützer-Unterschriften.
DIE LINKE hat die Damen auch hierbei mit Infoständen aktiv unterstützt. Obwohl in kurzer Zeit so viele Unterschriften gesammelt wurden, haben SPD, Grüne und FDP dem Bürgerbegehren nicht entsprochen.
Nach der Gemeindeordnung NRW kam es dadurch automatisch zum Bürgerentscheid, bei dem die Gladbecker Bürger an der Urne entscheiden müssen. Allerdings hatten Bürgermeister und Verwaltung von Anfang an darauf gesetzt, dass sich zu wenige Bürger in die Wahllokale begeben und der Bürgerentscheid dadurch unwirksam wird. Im offiziellen Abstimmungsheft der Stadt erklärte Bürgermeister Roland den Bürgern, sie würden über eine Steuererhöhung abstimmen: „Mit einem „Nein” am 5. Juni stimmen sie gegen eine Steuererhöhung stand dort erklärt.
Das war ganz klar unzulässig. Die Mehrheit hat sich zwar gegen die Umwandlung des Karos entschieden, aber es waren halt zu wenige, die abgestimmt hatten. Mit der Angsterzeugung vor einer Grundsteuererhöhung haben Bürgermeister und Verwaltung die Schließung des Kinder- und Jugendtreffs erreicht.
Für uns war der Kampf um das KARO eine wichtige Erfahrung im Umgang mit der direkten Demokratie. Jederzeit werden wir Initiativen und Bürgergruppen bei der Durchsetzung ihrer Interessen unterstützen.

Für den Erhalt regionaler Krankenhäuser

Zu Weihnachten 2016 gingen in der Geburtshilfeabteilung im Gladbecker St. Barbara Hospital die Lichter aus. Die Entbindungsstation im St. Barbara Hospital war zu dieser Zeit eigentlich nach wie vor im Krankenhausbedarfsplan vorgesehen. In der Planungsregion Bottrop, Gelsenkirchen und Gladbeck gab da es noch keine Einigung über die zukünftige Ausstattung der Region im Bereich der Geburtshilfe. In der

Protestaktion der Linken.Gladbeck: „Gesundheit ist keine Ware!“

Antwort der Bezirksregierung im Frühjahr 2018 auf Fragen der LINKEN heißt es, dass dem zuständigen Ministerium vorgeschlagen worden sei, bei Schließung geburtshilflicher Abteilungen die Kapazitäten der verbleibenden Geburtshilfen an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Offenbar ging auch die Bezirksregierung davon aus, dass die Versorgung in der Region nach der Schließung der Geburtshilfe im St. Barbara Hospital verbessert werden muss, denn zuletzt waren die Geburtenzahlen steigend.
Der Abbau von Leistungen für Patienten ging noch weiter. Nach Schließung der Cafeteria und der Geburtshilfe wurde in diesem Jahr das Labor im St. Barbara Hospital geschlossen. Und die Landesregierung geht noch weiter. In einem Gutachten hat sie festgestellt, dass die bisherige Krankenhausplanung zu einer Fehlentwicklung in der Krankenhauslandschaft geführt habe. Das Gutachten hat zudem eine Überversorgung in den Ballungsgebieten, insbesondere der Rhein-Ruhr-Schiene festgestellt. Dieses Gutachten soll die Basis des nächsten Krankenhausplans in Nordrhein-Westfalen werden, der bis Ende des Jahres auf den Weg gebracht werden soll. „Wir wollen die Krankenhauslandschaft so ausrichten, dass Patientinnen und Patienten unabhängig von ihrem jeweiligen Wohnort ein Krankenhaus innerhalb von 30 Minuten erreichen“, so Minister Laumann. So sieht der Umbau eines Gesundheitssystems aus, in dem es in erster Linie um Gewinnmaximierung und nicht um die Bedürfnisse der Menschen geht. Die behaupteten Qualitäten von Superkliniken wie Vorhaltung von Großgeräten und Personal ignorieren, dass akute Krankheitsfälle nicht vorhersehbar sind, dass Behandlungsanlässe und -verläufe individuell sind und dass Qualität durch gute Zusammenarbeit professioneller Teams entsteht.
Die Linke hat daher eine Resolution für die Ratssitzung im September auf den Weg gebracht, mit der der Rat der Stadt Gladbeck sich zu den grundgesetzlichen Verpflichtungen bekennt, die sich aus den Artikeln des Grundgesetzes über die Einhaltung der Menschenrechte und die Sozialstaatlichkeit ergeben.
Gesundheit ist keine Ware. Die Gladbecker LINKEN werden sich auch weiterhin für eine Verbesserung der Situation der Patientinnen und Patienten, der Pflegerinnen und Pfleger sowie der Ärztinnen und Ärzte einsetzen.

Bald ausgeblutet? Das Barbara Hospital in Gladbeck

Die Linke streitet für Bürgerpark statt Windrad

Als am 11. Februar 2019 der Kreis Recklinghausen völlig überraschend eine 200m hohe Windkraftanlage auf der Mottbruchhalde genehmigte, hat die LINKE Ratsfraktion sofort reagiert. Sie hat einen Dringlichkeitsantrag für die Ratssitzung am 14.02. eingebracht, um die Lage zu erörtern und Gegenwehr zu organisieren. Alle Ratsfraktionen schlossen sich unserer Meinung an, dass der Bau eines riesigen Windrades auf der ohnehin schon hohen Mottbruchhalde verhindert werden muss, um die Entwicklung eines Bürgerparks auf dem Gelände nicht zu gefährden. Seit Jahren haben alle Parteien und unsere Stadtverwaltung auf eine bürgerfreundliche Nutzung der Halde hin gearbeitet. Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Olaf Jung, der auch Mitglied der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhrgebiet (RVR) ist, hat dort ebenfalls für den Park geworben. Die Verbandsversammlung des RVR hat mittlerweile im Rahmen der für 2027 beschlossenen internationalen Bauausstellung eine Investition von über 15 Millionen € für den Bau eines Parks auf der Mottbruchhalde entwickelt. In der Gladbecker Ratssitzung vom 14.02.2019 stimmten alle Ratsmitglieder einstimmig dem Beschlussvorschlag der LINKEN zu, dass die Stadt Gladbeck den Windradbau ablehnt. Die Verwaltung wurde -ebenfalls einstimmig und auf Vorschlag der LINKEN- beauftragt, mit Hilfe von Fachanwaltskanzleien Klage gegen die kuriose Baugenehmigung des Windrades zu erheben.
In der folgenden Zeit hat die LINKE Ratsfraktion Aktionen der anderen Fraktionen, der Stadtverwaltung und des Bürgerforums gegen das Windrad unterstützt. Mitglieder der Fraktion waren auch an der spektakulären Aktion des Ballonclubs Gladbeck beteiligt, als ein 6m durchmessender, abends beleuchteter Gasballon bis auf die Höhe von 200m, also der Höhe des Windrades, hoch gelassen wurde. Die Bürger, die aufgrund ihrer teils heftigen persönlichen Betroffenheit durch die nahe Wohnlage an der Halde eine private Klage gegen das Windrad führen, werden von der LINKEN Fraktion informell unterstützt. Die Ratsfraktion arbeitet im Einklang mit der Verwaltung, dem Bürgerforum Gladbeck und den privaten Klägern bedingungslos für den Bürgerpark anstatt Windrad.
Bis heute gab es keine Baumaßnahme an dem im rücksichtslosen Hauruckverfahren genehmigten Windrad; das ist sicher auch maßgeblich der Arbeit der Ratsfraktion die Linke zu verdanken.

Sogar ein kleines Feuchtbiotop ist auf der Mottbruchhalde entstanden

Radverkehr in Gladbeck stärken und attraktiver machen

Unhaltbare Zustäne auf der Buerschen Straße durch parkende SUV

DIE LINKE möchte das Radfahren für alle Bevölkerungsgruppen deutlich attraktiver gestalten. Dafür muss auf den Straßen mehr Platz für Radfahrer zur Verfügung gestellt werden. Hierzu sind Radwege wünschenswert, die sich am RVR-Radhauptverbindungsstandard orientieren. Das Fahrrad ist das nachhaltigste aller Verkehrsmittel und muss dementsprechende Bedeutung erlangen. Ob Besucher oder Bewohner - wer in Gladbeck und in der Region bequem und preiswert mit dem Rad fahren möchte, dem sollte ein einfaches und günstiges Fahrrad-Mietsystem zur Verfügung stehen.
Mit Fahrrad, Bus und Bahn schnell und umweltfreundlich in der Metropole Ruhr unterwegs. Mit diesem Ziel realisieren die Städte Dortmund, Bochum, Bottrop, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen und der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) unter Federführung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) das vom Bundesverkehrsministerium geförderte Fahrradverleihsystem metropolradruhr.
Das metropolradruhr ist ein regionales dezentrales Fahrradverleihsystem. Räder können an allen metropolradruhr-Stationen in den beteiligten Ruhrgebietsstädten ausgeliehen und zurückgegeben werden. Viele Stationen liegen an markanten Punkten wie Bahnhöfen, Museen oder Standorten der Route der Industriekultur. Die Kombination mit Bus und Bahn ist gewünscht und gewollt.
Leider wurde der Vorschlag der Linken, dass auch Gladbeck am metropolradruhr teilnimmt, von den anderen Fraktionen abgelehnt.
Ein weiteres für die Stadt Gladbeck wichtiges Radverkehrsprojekt ist der Radschnellweg Mittleres Ruhrgebiet (RSMR). Nach den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie sollte der Radweg zwischen Gladbeck und Bottrop über die Bottroper Straße, die Gladbecker Straße und die Friedrich-Ebert-Straße verlaufen. Der Stadtplanungs- und Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 07.09.2017 dieser Trassenführung zugestimmt. Der Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE, auch die alternative Führung über die ehemalige RAG-Trasse mit zu berücksichtigen, wurde erst ein Jahr später dem Beschluss hinzugefügt. Die Verantwortung für die Radschnellwege ist mittlerweile vom RVR auf Straßen. NRW übergegangen. Seit dem ist es um den RSMR leider verdächtig ruhig geworden.

Klimanotstand nur Symbolpolitik?

In Deutschland hatte man bislang die Illusion, den Klimaschutz so organisieren zu können, dass er keinem wehtut. Eine Klimapolitik, die alle verschont, zwingt aber niemanden zum Handeln; solche Klimapolitik verdient den Namen nicht.
Im Juni 2019 wurde in einer Sondersitzung des Rates der Klimanotstand für Gladbeck beschlossen. Das bedeutet, dass nun alle Entscheidungen, die für die Stadt getroffen werden, auf ihre Klimaauswirkungen geprüft werden.
In der Diskussion um den Klimanotstand in Gladbeck waren sich zunächst auch alle einig, dass „jeder einzelne gefordert ist“ und dass effektiver Klimaschutz auch wehtun wird. Als es aber dann um den Umgang den besiedelbaren Freiflächen ging, war es dann mit dieser Einigkeit vorbei. Statt vorausschauend die Bedeutung dieser Flächen für das Mikroklima im Innenstadtbereich zu erfassen und möglicherweise auf Bebauung zu verzichten, hieß es aus der CDU-Fraktion, dass man sich nicht schon im Vorfeld selbst beschränken könne. In der Reihe von SPD und Grünen wurde dazu kräftig genickt.
Vor zwei Jahren stellte DIE LINKE den Antrag, dass das Leihradsystem „metropolradruhr“ auch in Gladbeck eingeführt wird, um die Lücke zwischen Bottrop und Gelsenkirchen zu schließen. Auch dies wurde von der Mehrheit aus SPD, CDU und Grünen abgelehnt. Als Grund wurden die Kosten zwischen 30.000 und 50.000 Euro, je nach Anzahl der Stationen genannt.
30.000 Euro – davon lassen sich etwa 6 Parkplätze bauen. Parkplätze auf denen Hybrid-PKW kostenlos parken dürfen, die (nur) im Laborversuch weniger als 3 Liter verbrauchen. Genau dies haben SPD und Grüne im Rat beantragt und gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen.

Mit Wassersäcken wäre das nicht passiert ...

Die Kosten für das Autofahren sind in den letzten 10 Jahren in etwa konstant geblieben, die Preise für Bahnfahrten sind in dieser Zeit um fast 20% gestiegen. Bei diesen Randbedingungen ist es nicht verwunderlich, dass 86% aller Personenfahrten und 72% aller Güterverkehre auf der Straße stattfinden, Tendenz steigend.
In Gladbeck haben SPD, CDU und Grüne mit ihrer pro A52-Politik dieser Entwicklung noch Vorschub geleistet. Besonders die Autobahn 52 wird mit dem hohen LKW-Anteil die Verlagerung von Gütern von der Schiene auf die Straße noch befeuern. In Gladbeck wurde die Bebauung in der Stadt immer weiter verdichtet, aus dem Marktplatz wurde ein Parkplatz, Radwege, deren Erhalt „zu teuer“ war, wurden abgeschafft. Noch nicht einmal der Anschaffung von Wassersäcken für die besonders exponierten Straßenbäume konnten SPD, CDU und Grüne zustimmen.
Ja, wir haben einen Klimanotstand, in Gladbeck ist er sogar besonders stark ausgeprägt. Eine Besserung ist aber nicht in Sicht, solange alle Entscheidungen weiterhin ohne Rücksicht auf die Klimafolgen getroffen werden.

Unser Hof wird Grün!

Der Hof hinter der Geschäftsstelle der Fraktion war jahrzehntelang geprägt von Asphalt und Beton. Dies hat sich im Laufe des Jahres geändert. Die Fraktion stellte sich ihrer ökologischen Verantwortung und pflanzte gemeinsam einen Feigenbaum und eine Weinrebe in eigens dafür angelegten Beeten. Weitere Pflanzen sollen in nächster Zeit folgen. Die Fraktion geht hier mit gutem Beispiel voran und hofft auf Nachahmer. Der Fraktionsvorsitzende Olaf Jung hierzu: „Neben den vielen ökologischen Vorteilen sieht es auch noch ansprechend aus. Und wir freuen uns schon auf die erste Ernte!“

Gegen die Plastikflut

Die Ratsfraktion Die Linke. hat beantragt, dass die durch die Stadt kostenlos ausgegebenen Hundekotbetel zukünftig biologisch abbaubar sein sollen. Ein Hundebesitzer verbraucht pro Tag und Hund etwa zwei bis drei Beutel, also 60 bis 90 Stück pro Monat. Hier lohnt sich Plastikvermeidung auf jeden Fall.
Zudem landen die benutzten Kotbeutel häufig im Gebüsch. Dort würden sich die biologisch abbaubaren Beutel mit ihrem Inhalt mit der Zeit auflösen.
Im Sinne des Umweltschutzes und der Eindämmung der Plastikflut sollte die Stadt mit gutem Beispiel voran gehen und die kostenlos ausgegebenen Kotbeutel aus Plastik durch biologisch abbaubare ersetzen. Jeder Beitrag zählt! Über diesen Antrag wurde noch nicht entschieden.

Keine Wassersäcke für Straßenbäume

In Gladbeck mussten wegen Trockenheitsschäden 2019 nach dem zweiten Hitzesommer in Folge 256 Bäume gefällt werden. Deshalb hat die Ratsfraktion Die Linke beantragt, dass zur Bewässerung neu gepflanzter Bäume sowie von Bäumen an sehr sonnigen Standorten Wassersäcke eingesetzt werden. Diese können nach der Saison abgenommen und im nächsten Jahr wieder verwendet werden und sind leicht einzubauen.
Sie werden um die Bäume gelegt und mit einem Reißverschluss geschlossen. Das eingefüllte Wasser sickert nach und nach langsam in den Boden. Dadurch kann der Baum mehr Wasser aufnehmen als bei der herkömmlichen Bewässerung.
Viele Städte und Gemeinden setzen die Wassersäcke bereits ein. Dort sind deutliche Verbesserungen zur herkömmlichen Bewässerung eingetreten.
Leider wurde unser Antrag für Gladbeck – trotz Klimanotstand – abgelehnt.

Bildung kostet!

Beim Heisenberg Neubau auch die Mitbestimmung

Die Bauarbeiten am Heisenberg-Gymnasium gehen voran und liegen laut Aussage der Schule „gut in der Zeit“

So wie die meisten wichtigen Entwicklungen in unserer Stadt hat DIE LINKE auch den Neubau des Heisenberg Gymnasiums mitgetragen. Wir haben mit einem Antrag im Schulausschuss sogar maßgeblich veranlasst, dass der Neubau so groß wird, dass die zusätzlichen Klassen für die Rückkehr zum G9 Platz im Gebäude finden.

Es war deutlich geworden, dass das alte Gebäude, gebaut Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht wurde. Von Energieeffizienz über Brandschutz bis zur gesamten Infrastruktur war das Gebäude derart erneuerungsbedürftig, dass ein neues Gebäude besser und kostengünstiger war als eine Sanierung des alten. Die Beschlüsse zum Neubau wurden auch mit den Stimmen der LINKEN gefasst. Abgelehnt haben wir es aber, die gesamte Planung, den Bau und die anschließende Übernahme des Gymnasiums einer Privatfirma zu überlassen.

Beim so genannte PPP-Verfahren (Public-Private- Partnership) wird ein gewinnorientierter Privatinvestor eingeschaltet, um ein neues Gebäude mit öffentlichem Geld zu bauen. Anschließend darf er 30 Jahre lang dafür abkassieren, dass er den Betrieb des Gebäudes sichert.

Dieses Verfahren ist – wie schon andernorts - auch bei uns sehr geheimnisvoll abgelaufen. Der Rat der Stadt Gladbeck, der gegen die Stimmen der Linken dem PPP-Verfahren für den Neubau des Heisenberg-Gymnasiums mit Mehrheit zustimmte, hat nicht eine Seite des üblicherweise viele hundert Seiten umfassenden Vertrages mit dem Investor Hochtief zu sehen bekommen. Lobbyisten der Banken und des Investors durften in der entscheidenden Ratssitzung den Ratsmitgliedern die Vorteile des PPP-Verfahrens in wohlgesetzten Worten schildern. Der erste Dezernent der Stadt Gladbeck, Herr Reiner Weichelt, erklärte dazu, dass der vereinbarte Preis, der sich unmittelbar und „völlig unerwartet“ auf geheimnisvolle Weise direkt vor der Sitzung um 10 Millionen Euro erhöht hatte, ein Festpreis sei und dass Hochtief alle Baurisiken trüge. Als sich dann nach einigen Monaten zeigte, dass für den Bau der Baugrund stabilisiert werden musste, sah das dann plötzlich anders aus: Hochtief forderte für den Mehraufwand auch mehr Geld. Weichelt sagte zu, das in Gesprächen mit Hochtief zu regeln. Was bei den Gesprächen mit Hochtief heraus kam, wissen wir bis heute nicht.

Solche Vorgänge sind ganz typisch für PPP-Projekte. Die Vorhaben werden durch die Überlassung an gewinnorientierte Unternehmen teurer als bei einer Umsetzung durch die öffentliche Hand. Auch der Unterhalt einer Einrichtung kostet mehr, als wenn der Staat es selbst macht. Das hat der Bundesrechnungshof bei der Prüfung diverser Projekte schon nachgewiesen.

Die Linke ist der Meinung, dass Investitionen in Gemeingut immer dazu führen müssen, dass damit ein uns allen gehörendes, öffentliches Eigentum geschaffen wird, über das die demokratisch gewählten Gremien direkt das Sagen haben. Das Motto „Privat vor Staat“ kostet und lähmt die Demokratie.

Keine Quote für Sozialwohnungen

Die Zahl der preisgünstigen Wohnungen mit sozialer Bindung geht in Gladbeck kontinuierlich zurück. Der dadurch zunehmenden Abgrenzung zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Bevölkerungsschichten in den Stadtteilen wollte die Linke 2018 mit einem Antrag entgegenwirken, der eine Quote von 30% für Sozialwohnungen in Neubaugebieten vorschreiben sollte. Eine Quote sorgt dafür, dass nicht nur große und gehoben ausgestattete Wohneinheiten entstehen, die sich im aktuellen Marktumfeld am besten absetzen lassen. Gladbeck sollte damit dem Vorbild anderer Revierstädte folgen. Der Vorschlag wurde jedoch von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Die unterirdische Geschichte vom Autobahntunnel

Seit Jahrzehnten träumt die Gladbecker Politik davon, die B224 in einen Tunnel zu verbannen. 2012 ließen sie dann endlich die Bürger direkt per Abstimmung entscheiden: Die Gladbecker lehnten in einem Ratsbürgerentscheid die Autobahn mit Tunnel klar ab, weil die Autobahn und das riesige Autobahnkreuz in Wittringen so viele Nachteile mit sich brächte, dass auch der Tunnel nichts mehr nützen würde. Doch der Stadtrat hob in der Novembersitzung 2015 den Bürgerentscheid auf. Alle Ratsfraktionen haben dem zugestimmt, nur DIE LINKE nicht. Die Linke erhob Klage gegen diese Sitzung. Dies zu erklären würde hier den Rahmen sprengen. Die Linke gewann jedoch in erster Instanz bereits. Die bereits angesetzte Verhandlung in zweiter Instanz wurde auf Bitte des Bürgermeisters vertagt und steht noch aus.

Die Anhänger des Autobahnbaus berufen sich auf eine angebliche „Vereinbarung“ die sie in Berlin mit dem Bundesverkehrsminister und dem Landesverkehrsminister ausgehandelt hätten. Der Tunnel sei damit sicher und den Bau würden Bund und Land bezahlen.

DIE LINKE entlarvte die „Vereinbarung“ als Mogelpackung, indem sie im Bundestag und im Landtag parlamentarische Anfragen an die Bundes- und die Landesregierung stellte.

Es stellte sich heraus, dass der Bundesminister die Vereinbarung niemals unterschreiben würde und weder der Bund noch das Land die Finanzierung des Tunnels bestätigen. Das war auch das Ergebnis einer parlamentarischen Anfrage durch den Essener Landtagsabgeordneten der Grünen. Offenbar denkt nur die Ratsfraktion der LINKEN über Alternativen zum Autobahnbau nach. Das zweifellos vorhandene Verkehrsproblem auf der B224 kann auf zwei Arten gelöst werden: entweder man macht aus der Bundesstraße eine Autobahn mitten durch Gladbeck mit riesigem Autobahnkreuz im Freizeitgebiet Wittringen, oder man sorgt dafür, dass weniger Autos, vor allem LKW, auf der Bundesstraße fahren. DIE LINKE will den Verkehr vermindern, indem der überregionale Durchgangsverkehr von der Bundesstraße auf bestehende Autobahnen verlagert wird, wo er hingehört. Langfristig muss der Gütertransport auf ander Verkehrsträger verlagert werden. Die B224 muss entschleunigt werden, damit sie zu einem lebenswerten Teil unserer Stadt wird. Dann braucht man auch kein Autobahnkreuz in Wittringen.

Lärm, Staub, umstürzende Bagger: Baustellen in Gladbeck

Die Gladbecker sind in Sachen Skandalbaustellen schon einiges gewohnt. Eingestürztes Parkhaus, umgefallener Bagger, fehlende Absperrung, lose baumelnde Fassadenteile, erhebliche Staubbildung und als unerträglicher empfundener Lärm – dies alles ist in Gladbeck nichts Besonderes.

Im Juni 2017 fand sich sogar ein Hilferuf des Personalrats der Stadt Gladbeck in der lokalen Presse. Hier wurde über die Arbeitsbedingungen von mehr als 80 Mitarbeitern im Alten Rathaus berichtet, die jeden Tag unter einer Lärmbelästigung von 90 Dezibel und mehr ihrer Arbeit nachgehen müssten. Die Linke hat dies natürlich zum Anlass genommen, um in der nächsten Ausschusssitzung über den Gesundheitsschutz und die Arbeitssicherheit der städtischen Beschäftigten berichten zu lassen. Hier stellte sich die Situation dann aber viel harmloser dar, so dass der Verdacht aufkam, die Belange der lärmgeplagten Anwohner sollten mit der Begründung relativiert werden, dass es den Beschäftigten im Rathaus noch schlechter ginge. Ein solches Verhalten ist gegenüber den Anwohnern genauso unhaltbar wie im Umgang mit den eigenen Mitarbeitern.

Arbeitsschutz auf Gladbecker Baustellen und die Gesundheit und Sicherheit der Bürger stehen auch weiterhin auf der linken Agenda. So hat die Fraktion Anfragen zum Abriss des Gebäudes des ehemaligen Tacke Möbelparadieses gestellt. Hier wurden die Anwohner massiv durch Staub belästigt und Abbruchtrümmer fielen auf öffentliche Straßen und benachbarte Grundstücke. Auch die Baustelle der städtischen Brücke der Beethovenstraße geriet ins Blickfeld der Linken. Mehrfach konnte beobachtet werden, dass die Bauarbeiter ohne Gerüst oder Arbeitsbühnen arbeiteten und keine Sicherheitsausrüstung nutzten. Die Linke. Gladbeck wird die Baustellen in der Stadt weiterhin im Blick behalten und - falls erforderlich - mögliche Probleme mit einer Anfrage oder einem Antrag thematisieren.

Impressum
Herausgeber: Die Linke. Gladbeck
V.i.S.d.P.: Rüdiger Jurkosek
Lambertistraße 7
45964 Gladbeck

Tel.: 02043 - 3 78 22 40
info@dielinke-gladbeck.de

www.dielinke-gladbeck.de
www.facebook.de/DieLinke.Gladbeck
Satz und Layout: Ingrid Wiechert

Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch

Dieses Verursacherprinzip nennt sich in der Politik „Konnexietätsprinzip“. Es bedeutet ganz einfach, dass den Kommunen die Kosten für Aufgaben erstattet werden, die Bund und Land ihnen zuweisen. Damit soll verhindert werden, dass durch die „von oben“ zugewiesenen Aufgaben die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben der Städte nicht mehr zu finanzieren sind und diese finanziell ausbluten

Leider ist immer häufiger feststellbar, dass das Prinzip in vielfacher Hinsicht verletzt wird. Auf Antrag der LINKEN beschloss der Haupt- und Finanzausschuss im November 2019, dass in Gladbeck in Zukunft ein Konnexitätsbericht erstellt wird. Durch den Bericht kann aufgezeigt werden, welche Aufgaben an die Stadt übertragen wurden, welche Kosten dadurch anfielen und wieviel Geld für diese Aufgabenerledigung bereitgestellt wurde. Interessant an der Diskussion im Ausschuss war, dass sich die Verwaltung wegen des Arbeitsaufwandes zunächst gegen einen Bericht aussprach. Als aber andere Fraktionen Zustimmung signalisierten, stellte auch die Verwaltung die Vorteile des Berichts heraus.